

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dr. R. R. Komp. Nr. 20813.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Druckort: Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Briefkasten monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,60 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Donaud. 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitznerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Weitznerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Interate werden die 7spaltige Zeitzeile mit 20 P. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinabgelegenen. Interate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 248.

Dresden, Mittwoch den 23. Oktober 1918.

29. Jahrg.

Abdankung der Minister v. Seydewitz und Dr. Beck.

Arbeitsministerium unter sozialdemokratischer Leitung in Sachsen. — Reden des Kanzlers und der Parteiführer. — Karl Liebknecht freigelassen.

Neugestaltung der sächsischen Regierung.

Gestern hat unter dem Vorsitz des Königs und im Beisein des Kronprinzen erneut eine Sitzung des Gesamtmünisteriums stattgefunden, die sich mit der Neugestaltung der Regierung befaßt hat. Wie wir verlässlich erfahren, werden Finanzminister v. Seydewitz und Kultusminister Dr. Beck zurücktreten. Ueber die Besetzung dieser Stellen sind Beschlüsse noch nicht gefaßt. Ferner ist bestimmt in Aussicht genommen worden, ein Arbeitsministerium zu schaffen und dessen Leitung einem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zu übertragen. Teilsverhandlungen müssen der sozialdemokratische Landesvorstand und die Landtagsfraktion erst zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Die Konservativen und die Neugestaltung.

Die konservative Landtagsfraktion für das gleiche Wahlrecht ohne Sicherungen. Die konservative Fraktion der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags hat, wie wir aus fester Quelle erfahren, einstimmig folgenden Beschlus gefaßt: Die Not des Vaterlandes steigt höher und höher! Die Feinde verlangen eine uns aufs äußerste demütigende volle Unterwerfung, die Auslieferung unter Rührung zu Kerker und zu Wasser, die Vernichtung unter Kaiserkrone. In solcher Stunde gibt es nur ein Gebot: ein geschlossen und unerschütterlich fest zusammenstehen Mann für Mann zum Schutze des Vaterlandes. Alles, was uns bisher trennte, muß vergessen sein, das höhere Ziel muß — wie unsere Brüder vor dem Feinde — uns in der Heimat zusammenknechten zu einer gemeinsamen Front! Wenn die linken Parteien den einzigen Weg zur Stärkung und Festigung der Einheit, Entschlossenheit und Stoppkraft unseres Volkes in der Gewährung weiterer politischer Rechte sehen, so wollen wir unsere Bedenken zurückstellen. Wir sind bereit, dem Vaterlande das Opfer zu bringen: unsere Zustimmung zur Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu geben! Wärdigen die Erwartungen, die hieran geknüpft werden, in vollem Maße zum Segen unseres Sachsenlandes in Erfüllung gehen! Dieser Beschlus ist von dem heute zusammengetretenen Vorstand des konservativen Landesvereins — wie uns dieser mitteilt — in Rücksicht auf die dringende Not des Vaterlandes gebilligt worden. Hierbei ist festgesetzt worden, daß der von der konservativen Fraktion gefaßte Beschlus des allgemeinen gleichen Wahlrechts ohne jede Sicherungen, also ohne Zusatzklauseln und ohne Verhältniswahl, herbeizuführen wärdigt.

Dieser Beschlus zeigt erneut, wie mächtig die sozialdemokratische Zeit auf das politische Leben und die Parteien einwirkt. Noch bei den letzten Verhandlungen im Landtage über die Wahlrechtsfrage erklärten sich die Konservativen gegen die Abänderung des Plurawahlrechts; ja, es fehlte nicht an Andeutungen, daß mit Rücksicht auf die Entwertung des Geldes und die damit verbundene Erhöhung der Arbeitslöhne gerührt werden müsse, ob das Plurawahlrecht noch die erforderliche Sicherheit gegen eine Ueberflutung der Kammer durch sozialdemokratische Vertreter biete. Das war eine kaum verhehlte Ankündigung der Absicht, auch das Plurawahlrecht noch zu verschlechtern. Und heute das Bekenntnis zum allgemeinen Wahlrecht! Wir sind uns durchaus bewußt, daß trotzdem die Konservativen noch weit davon entfernt sein werden, Freunde des gleichen Wahlrechts zu sein. Was sie jetzt unternommen haben, ist wie ein Stück aus strategischen Gründen zu bewerten, wobei der Zweck verfolgt wurde, eine günstigere Position in den jetzigen politischen Kämpfen zu erringen. Inwiefern dieser Beschlus den Weg für das allgemeine gleiche Wahlrecht frei machen. Daran wird auch die kaum zu bestreitende Tatsache etwas ändern, daß die Konservativen bei der ersten Gelegenheit, etwa bei einem politischen Rückschlage, wieder eifrig auch in der Wahlrechtsfrage eine Frontveränderung vornehmen würden. Denn eine solche Gelegenheit wird sich aller Voraussicht nach nicht bieten.

Über wir dürfen bei alledem nicht vergessen, daß, so bedauernd die Aussicht auf die baldige Beirückung bedeut-

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

Wth. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 23. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die Kämpfe in der Vos-Riederung dauern an. Heftige Angriffe des Gegners beiderseits vor Deuze. Nördlich der Stadt wurden sie abgewiesen, südlich der Stadt nach anfänglichem Geländegewinn durch Gegenstoß westlich der Straße Deuze—Ollere zum Stehen gebracht. Gefecht von Kortrak wurden wir vom Westende aus westlich auf den Strand zurückgedrückt. Beiderseits des Orls sind harte feindliche Angriffe gescheitert. In größtem Kampfe wurden die Höhen bei Reberg vom sächsischen Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 10 unter seinem Kommandeur, Major Ehrler, gegen vielfachen Ansturm des Gegners gehalten. Teilkämpfe in der Scheide-Riederung beiderseits von Tournai und Valenciennes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südlich von Maas räumten wir den vorübergehend verteidigten Brückenkopf an der Serre und Soudre und nahmen unsere Linie hinter die Bachschlucht zurück. An der Aisne wiesen wir heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Santuil ab.

Auf südlichem Aisne-Ufer beiderseits von Bouziers und östlich von Cluz haben die Kämpfe größeren Umfang angenommen. Unter härtestem Artillerieeinfluss griff der Feind am frühen Morgen zwischen Terron und Falaize sowie zwischen Olliz und Beaurepaire an. Auf den Höhen westlich von Falaize konnte der Angriff etwas Boden gewinnen. In der übrigen Front ist er vor unseren Linien gescheitert. Auch am Westmittag brach der Feind nach erneuter härtester Artillerievorbereitung zum Angriff vor. Das 1. bayerische Infanterieregiment unter Führung seines Kommandeurs, Majors Schwabler, hat in jäher Verteidigung die Höhen östlich von Chéris gegen mehrfachen Ansturm überlegenen Gegners gehalten. Auch auf der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten für ihn abgewiesen.

Heeresgruppe Gattwick.

Zwischen Argonne und Meas und zwischen Meas und Noiel regte mächtige Feuerstätigkeit. Teilkämpfe westlich der Meas und westlich der Noiel ohne besonderen Ertrags.

Leutnant Dächter errang seinen 40. Luftstieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Kriegsminister Scheel über die Kriegsankleihe:

Wer nicht Kriegsankleihe zeichnet, handelt falsch, denn die Kriegsankleihe wird immer mindestens so gut sein wie bares Geld.

Reuich

sonner Wahlrechtsforderungen ist, damit allein die freihetliche Neugestaltung nicht durchgeführt werden kann. Hier über ist gerade die tiefere Ursache der konservativen Linksabweitung zu suchen. Die Herren um Wäme und Spieh haben offenbar erkannt, daß sie bei der Wahlrechtsreform glatt überrennen und ihre Position dadurch geradezu hoffnungslos werden würde. Das suchen sie zu verhindern und machen dabei gute Miene zum bösen Spiele. Dabei lassen sie sich offenbar auch von dem Gedanken leiten, daß sie bei notdürftiger Erhaltung ihrer Position noch imstande sein werden, ihren Einfluß bei anderen Fragen der Neugestaltung geltend zu machen, vor allem bei der nicht mehr zu umgehenden Erneuerung der Regierung und der Herrenhausreform.

Es spricht viel dafür, daß sie gerade auf diese ihre Hoffnung setzen und dabei von der Erwägung ausgehen, daß eine von den Konservativen beherrschte Erste Kammer immer in der Lage ist, freihetliche und fortschrittliche Gelese zu verhindern, selbst wenn das gleiche Wahlrecht und eine dem Volkswillen entsprechende Zusammenlegung der Zweiten Kammer auch durch das Herrenhaus nicht mehr zu verhindern ist. Wahrscheinlich ist die konservativ-Entschloßung über die Wahlrechtsfrage in Uebereinstimmung mit den konservativen Herrenhausmitgliedern bereits gefaßt worden, die dabei natürlich besonders die Erfolge ihres „hohen Hauses“

und dessen maßgebenden Einfluß in den Vordergrund gerückt haben werden.

Unter diesen Umständen erhält die Reform des sächsischen Herrenhauses eine überlegene, ja entscheidende Bedeutung für die innere Neugestaltung in Sachsen. Die Konservativen schweigen sich dazu wohlweislich gänzlich aus, obwohl die Pairstammerversammlung schon im zweiten Stadium der Beratung im Landtage ist. Sie haben aber alle Veranlassung, über die von den Konservativen übergenene Frage Klarheit zu schaffen. Soll die freihetliche Neugestaltung in Sachsen zur Tatsache werden, dann muß die Erste Kammer fallen oder doch mindestens eine Beschränkung ihrer Befugnisse nach den auf sozialdemokratischen Vorbeurteilungen beruhenden Beschlüssen des Verfassungsaustrusses der Zweiten Kammer erfolgen. Das heißt, es müssen im Falle von einander abwechselnden Beschlüssen beider Kammern immer die der Zweiten Kammer Gesetzeskraft erlangen. Dafür ist in der Zweiten Kammer bereits eine Mehrheit gefaßt; die Konservativen werden schon bald nach dem Zusammenritt des Landtags Gelegenheit haben, zu zeigen, wieviel von ihrer Unerschrockenheit ihre jetzige ablehnende Haltung zu dieser entscheidenden Frage bei der Herrenhausreform bekräftigt wird.

Die konservativen Köpfe geht offenbar ferner auch dahin, sich durch ihre politische Strategie bei der Wahlrechtsfrage die Möglichkeit eines Einflusses bei einer Erneuerung der Regierung zu sichern. Diese Seite der Erneuerung ist noch zu wenig geklärt, um Anlaß zu eingehenden Erwägungen geben zu können. Wir beschränken uns daher heute auf die Bemerkung, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen der freihetlichen Erneuerung auch eine wahrhaft freihetliche gestimmte Regierung ist. Wir sehen trotz der jetzigen Schwärzung der Konservativen keine Möglichkeit, eine Gewähr für diese Vorbedingung durch eine etwaige Ergänzung der Regierung aus konservativen Reihen zu erhalten.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Konservativen des Verhältniswahlverfahren als unwürdige Sicherung ablehnen wollen. Unser Auffassung nach ist jedoch dieses Verfahren keine Sicherung im reaktionären Sinne, sondern eine notwendige Garantie dafür, daß der Wille des Volkes unbeeinträchtigt durch eine Wahlrechtsreform zum Ausdruck kommen kann.

Nach alledem ergibt sich, daß die neue konservativ-Deutung zwar zu begrüßen, aber auch mit gewisser Vorbehalt zu betrachten ist, um so mehr, weil die neue Gestaltung der Lage dafür spricht, daß der Kampf um die freihetliche Neugestaltung nicht mehr um das Wahlrecht — denn hier scheint bereits die Entscheidung fester —, sondern um die Erste Kammer und die Parlamentarisierung der Regierung geführt werden wird.

Der Druck auf Wilson.

Vorläufig liegen nur wenige Stimmen des sächsischen Auslandes zur deutschen Note vor, infolgedessen ist über die Stellungnahme der Ententeantwortlichen nur wenig zu sagen. Aber nach den vorliegenden Meldungen wird man gut tun, Wilsons Antwort nicht optimistisch entgegenzusehen. Diejenigen französischen und englischen Blätter, die heute den Ton ansetzen — vor allem die französischen —, wollen überhaupt nichts von Verhandlungen wissen, sondern fordern, daß die Entente dem Deutschen Reich ihre Friedensbedingungen diktiere. Aus dem Haag verläutelt denn auch bereits, daß die ersten englischen Blätterstimmen, die dort bekannt geworden sind, scharf abweisen können.

Die Absicht englischer leitender Kreise scheint zu sein, unsere Note als unklar hinzustellen und zu behaupten, sie gäbe damit Anlaß zur unbestimmten Fortdauer der Zwischprobe mit Wilson, ein Zustand, der für England, das Klarheit wünscht, nicht angenehm sei. Offenbar wünscht England die Sinnenänderung oder den Abbruch der Verhandlungen, weil es auf eine Verfrümmung der deutschen Widerstandskraft hofft. Man darf gespannt sein, wie Wilson seine schönen menschlichen Reden mit den brutalen, mörderischen Absichten seiner Bundesgenossen in Einklang zu bringen gedenkt.

Wegen Sonderfriedensgerüchte.

Breid 23. Oktober. Die Londoner Wäter veröffentlichten eine halbamtliche Kundmachung gegen die Verbreitung von Gerüchten aus Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei über bevorstehende Friedensverhandlungen, ebenso gegen Gerüchte von einem Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn.